



Arbeiterwohlfahrt
Landesverband
Schleswig-Holstein e.V.



Der Kinderschutzbund
Landesverband
Schleswig-Holstein



DER PARITÄTISCHE
Schleswig-Holstein



Landesverband Schleswig-Holstein

Zur Kinderarmutskonferenz des Sozialministeriums am 14. März '24: Kein Erkenntnis-, aber ein Handlungsdefizit

Unmittelbar vor der Kinderarmutskonferenz des Sozialministeriums Schleswig-Holstein meldet sich das Bündnis aus AWO-Landesverband, Kinderschutzbund-Landesverband, DGB Nord, Der Paritätische und SoVD-Landesverband erneut zu Wort und fordert noch in dieser Legislaturperiode messbare Erfolge und einen Handlungsplan zum Abbau von Kinderarmut in Schleswig-Holstein.

Armut stigmatisiert und grenzt gesellschaftlich aus. Das beschämt und belastet die Betroffenen. Das Streben nach Zugehörigkeit wird für die Kinder zum täglichen Kampf. „Wir wissen viel darüber, wie Familien in Armut geraten, wie Armut ständige Alltagsrealität wird und sich insbesondere auf die betroffenen Kinder auswirkt. Dass Wege aus der Armut schwierig sind und Kinder aus armen Familien oft arm bleiben. Dass arme Kinder schlechtere Chancen auf eine gute Bildung, auf gute Gesundheit und Teilhabe an der Gesellschaft haben. Das Wissen ist da – allein der politische Wille zum Handeln ist nicht stark genug“, machen die Sprecher*innen des Bündnisses deutlich.

„Der Kampf gegen Kinderarmut muss endlich politisch priorisiert werden. In einem reichen Land wie Deutschland müssen wir alles tun, um das Abrutschen in Armut zu verhindern“, so die Sprecher*innen des Bündnisses. „Schleswig-Holstein braucht weder neue Handlungsperspektiven noch zahlreiche, nebeneinander herlaufende Einzelinitiativen. Vielmehr braucht das Land politische Kraft und den Willen, Kinderarmut endlich nachhaltig zu bekämpfen. Es gibt kein Erkenntnis-, wohl aber ein langjähriges Handlungsdefizit“, mahnen die Spitzen der Verbände vehement an.

In Schleswig-Holstein ist jedes 5. Kind arm oder von Armut bedroht. In Kiel, Lübeck und Neumünster sogar jedes 4. Kind. Das Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften hat konkrete Forderungen an die Politik: „Im Mittelpunkt stehen eine gebührenfreie und qualitativ hochwertige Bildung von der Kita bis zur Hochschule sowie eine echte Lernmittelfreiheit, Prävention, bessere Gesundheitsförderung und eine konsequente Teilhabe für Kinder“, fassen Wolfgang Baasch (AWO), Irene Johns (Kinderschutzbund), Laura Pooth (DGB), Michael Saitner (Der Paritätische) und Alfred Bornhalm (SoVD) zusammen. Auf Bundesebene sollte Schleswig-Holsteins Landesregierung sich für eine Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz mit allen Beteiligungsrechten und dem Vorrang des Kindeswohls, für eine wirklich wirksame Kindergrundsicherung und eine Steuerpolitik einsetzen, bei der „starke Schultern mehr tragen als schwache“.

„Diese desolate Lage ist seit Jahrzehnten bekannt. Das ist nicht länger hinnehmbar. Es darf kein Kind mehr zurückgelassen werden. Wir fordern von der Landesregierung noch in dieser Legislaturperiode eine belastbare Strategie gegen Kinderarmut! Kinder haben Armut nicht gewählt. Politische Priorität jetzt!“, so der abschließende Appell des kraftvollen Bündnisses.